

**Nachwort: Das Reden der Politiker und das Problem der Glaubwürdigkeit**

Die vor der Tagung und in den einführenden Bemerkungen (s. "Vorwort") formulierte Rahmenfrage hat in den Vorträgen und den schriftlichen Dokumentationen dieses Bandes keine deutliche Antwort gefunden, ja man kann weitergehend sagen, daß sie die Ausführungen der Referenten gar nicht zentral bestimmt hat, zumindest nicht als ausdrücklich formuliertes Organisationsprinzip für die vorgestellten Überlegungen. Man könnte jedoch nachträglich und unabhängig von den selbstgesetzten Schwerpunkten der Referenten fragen, ob sich aus den Vorträgen eine Antwort, eventuell auch unterschiedliche Antworten auf die Rahmenfrage ableiten lassen. Ich möchte dies in diesem Nachwort versuchen, und zwar unterteilt in zwei Teilfragen:

- (a) Sind in den Vorträgen Merkmale politisch-öffentlicher Sprache und Kommunikation beschrieben worden, die den wirklichen oder vermeintlichen Glaubwürdigkeitsverlust politischer Redner und seine Konsequenzen (Parteienverdrossenheit, Systemmüdigkeit, Legitimitätsverfall) zu erklären imstande sind oder die zumindest plausibel auf das Problem der Glaubwürdigkeit bezogen werden können? — Diese Frage zielt auf den Zustand der Sprachkultur unter einem bestimmten Aspekt, dem der Glaubwürdigkeit.
- (b) Enthalten die Vorträge Vorschläge zur Lösung des Problems, und welche sind dies? — Diese Frage thematisiert die Möglichkeiten der Veränderung des Zustands, der Sprachkultivierung, wiederum beschränkt auf das Problem der Glaubwürdigkeit.

Die erste Frage ist sicherlich positiv zu beantworten. Wenn die These Hollys zutrifft, daß die Politiker "positiv bewertete Sprachhandlungsmuster wie INFORMIEREN und DISKUTIEREN" benutzen, "um die eigentlich angestrebten Muster, WERBEN und LEGITIMIEREN, zu verpacken" (S. 197)<sup>1</sup>, wenn also in der von Holly an Beispielen beschriebenen Weise eine Diskrepanz zwischen den explizit realisierten Mustern und den verdeckt verfolgten perlokutiven Effekten besteht, dann muß diese Zwei-Ebenen-Struktur politischen Sprechens die Glaubwürdigkeit beim Rezipienten in Mitleidenschaft ziehen, weil die kommunikativen Inhalte in den Sog der werbenden/legitimierenden Ziele geraten und die Verlässlichkeit der Aussagen zumindest relativiert wird: "Das sagt er ja nur/vor allem, weil gerade Wahlkampf ist, allgemeiner: weil er mich im

Sinne seiner partikularen Interessen beeinflussen will." Diese Relativierung der Glaubwürdigkeit tritt allerdings, ich komme darauf zurück, nur dann ein, wenn der Rezipient die Doppelstruktur der Äußerungen im Prinzip durchschaut. Nimmt er die Rede dagegen unkritisch auf der Ebene des explizit Präsentierten als informatorisches/diskutierendes Sprechen, so kann und wird er dem Politiker auch glauben.

Das von Holly identifizierte Problem steht auch im Zentrum des Vortrages von Strauß und Zifonun, ausformuliert in Punkt 4 der "Voraussetzungsthese" auf einer etwas abstrakteren Ebene als Gegensatz zwischen den unterschiedlichen Interessen und Erwartungshaltungen der Politiker auf der einen, der Bürger auf der anderen Seite. Dieser Gegensatz wird in Habermasscher Begrifflichkeit als Gegensatz zwischen der faktisch erfolgsorientierten Rede des Politikers und dem Interesse und der Erwartung des Bürgers beschrieben, daß der "Diskurs mit dem Politiker bzw. die an ihn adressierte Rede des Politikers verständigungsorientiert" (S. 212) sein solle. Die von Holly im Anschluß an Edelman beschriebene Doppelstruktur politischer Rede findet im Lichte der Habermasschen Unterscheidung die Erklärung, daß sich die Politiker oberflächlich an den Erwartungen des Bürgers orientieren, indem sie sich die Formen verständigungsorientierter Rede zunutze machen (INFORMIEREN, DISKUTIEREN), diese aber verdeckt mehr oder weniger für ihre erfolgsorientierten Ziele (WERBEN, LEGITIMIEREN, SELBSTDARSTELLEN) funktionalisieren. Die Doppelstruktur ist, aus der Perspektive der Politiker gesehen, notwendig, weil die Formen der verständigungsorientierten Rede beim Bürger positiv, die der erfolgsorientierten Rede hingegen negativ bewertet sind. Die erfolgsorientierte Rede würde also ihr Ziel verfehlen, wenn sie sich offen als solche artikuliert.

Dieser Erklärungsansatz ist m.E. durchaus geeignet, das Verhalten der Politiker zu erklären, die *m e i n e n*, sich so verhalten zu müssen, wie sie sich verhalten, bzw. sich als Ergebnis ihrer politischen Sozialisation unreflektiert so verhalten. Der Überprüfung bedürftig ist allerdings die Prämisse, daß die Bürger normativ am Anspruch verständigungsorientierter Rede festhalten, der die Doppelstruktur der Rede beim Politiker ja erst produziert. Es gibt viele Anzeichen dafür, daß die Rezipienten zumindest die Politiker der jeweils eigenen *Coleur* oft nicht am Anspruch verständigungsorientierter Rede, sondern eher an ihrem taktischen Geschick bemessen, in der erfolgsorientierten Auseinandersetzung Vorteile gegenüber dem Gegner zu erlangen. Wie dem auch sei, der beschriebene Mechanismus hat in den Teilen der beiden Vorträge, die sich überhaupt mit den Eigenschaften der Politikerrede beschäftigen, einen zentralen Stellenwert. Die Strategien, die zusätzlich und im einzelnen beschrieben

oder benannt werden, bewegen sich im Rahmen dieser Problemformulierung; die Referenten zeigen exemplarisch auf, wie Politiker erfolgsorientiert mit der Sprache umgehen.

Der Vortrag von Bergsdorf ist schwieriger auf das Problem der Glaubwürdigkeit zu beziehen, weil er im wesentlichen eine Funktionsbestimmung vornimmt und die Frage, auf welche Art und Weise die Politiker, sprachlich handelnd, diese Funktion praktisch erfüllen, gar nicht ins Blickfeld kommt. So wird auch das Glaubwürdigkeitsproblem nicht zum Thema. Der Vortrag schließt seine Möglichkeit aber nicht aus, und es ist auch der Punkt angebbar, wo es weiterführend behandelt werden könnte. Bergsdorf benennt als oberstes Ziel der politischen Sprache die sprachliche Erzeugung von Zustimmungsbereitschaft beim Bürger und die Integration der Bürger unter die konkurrierenden Machtansprüche der Parteien (vgl. S. 185). Auch wenn man diese Bestimmung nicht nur als Beschreibung der faktischen Ziele der Politiker, sondern auch als Funktionsbestimmung mit rechtfertigender Tendenz akzeptiert, so bleibt doch immer noch die berechnete Frage, wie denn die Politiker besagte Zustimmung der Bürger einholen. An dieser Stelle spricht Bergsdorf von Formen der politisch-öffentlichen Sprache, mit denen Politiker ihre Ziele *erläutern, darlegen* und *begründen* (S. 185 f.). Mit diesen sprechhandlungsbezeichnenden Verben sind nun aber wieder Ansprüche gesetzt, die im Reden der Politiker empirisch nicht generell erfüllt werden, und an diesem Punkt stellt sich u.a. das Problem der Glaubwürdigkeit in ganz ähnlicher Weise wie in den beiden linguistischen Beiträgen.

Wendet man sich der zweiten Frage, der möglichen Lösung des Problems zu, so wäre es zunächst naheliegend, die Lösung in der Veränderung des Verhaltens beim Politiker zu suchen, indem man die Aufhebung der Doppelstruktur mit ihrer Diskrepanz zwischen Form und Funktion kritisch einklagt. Das Ergebnis wäre dann die Forderung an den Politiker, eine wirklich verständigungsorientierte Einstellung oder eine offen erfolgsorientierte einzunehmen. Die linguistischen Tagungsbeiträge gehen weder den einen noch den anderen Weg, weil sie – und das verbindet sie grundlegend mit dem im "Vorwort" angesprochenen neuen Anlauf "linguistisch begründeter Sprachkritik" in der Bundesrepublik – die Lösung grundsätzlich nicht beim Politiker, sondern beim Rezipienten, dem Bürger suchen.<sup>2</sup> Der Politiker spielt nur insofern eine Rolle, als die Hoffnung artikuliert wird, ein verändertes Rezeptionsverhalten werde rückwirkend auch auf das Sprach- und Kommunikationsverhalten der Politiker Einfluß haben.

Worin ist diese Abwendung vom Politiker begründet? Die neuere sprachkritische Literatur und auch die Tagungsbeiträge erlauben mehrere Ant-

worten auf diese Frage, wobei allerdings unsicher bleibt, ob und in welcher Weise die Gründe zu hierarchisieren sind. Es gibt (a) das resignative Argument praktischer Erfolglosigkeit. So ist es, wie Strauß/Zifonun schreiben, "nicht zu erwarten, daß die Politiker von sich aus ... ihre Rede an einer kommunikativen Ethik des verständigungsorientierten Diskurses ausrichten" (S. 213), oder sich gar von Sprachwissenschaftlern oder Sprachkritikern dazu bewegen lassen. Es gibt (b) das Argument der Funktionalität des Politikerverhaltens. Das politische Handeln wird dann so definiert, daß die beobachtbaren Formen strategisch-persuasiver Rede, zumindest aber der strategische Diskurs selbst als funktional angemessen gelten muß. Das, was ein anderer *Manipulation* zu nennen geneigt sein mag, wird so zur notwendigen Voraussetzung für die Erfüllung der Aufgaben, die Sprache und Kommunikation in der Politik haben. Einen solchen Ableitungszusammenhang herzustellen und zu begründen, ist das Hauptziel des Vortrags von Bergsdorf. Der Gedanke ist aber auch den linguistischen Beiträgen nicht fremd, z.B. wenn Holly das sprachliche Handeln der Politiker als "Funktionalstil" begreift, die Eigenschaft, nicht transparent und explizit zu sein, der "Natur des Rhetorischen" zuschreibt oder sich zitierend auf Bergsdorf beruft (S. 198). Strauß/Zifonun scheinen eine andere Auffassung zu haben, da sie in Anm. 3 ausdrücklich auf dem Begriff der "erfolgsorientierten Rede" als einem negativen Wertbegriff bestehen. Diese Besonderheit wirkt sich aber in den Analysen des Vortrags und in den Lösungsvorschlägen kaum aus. — Der Hauptgrund ist aber wohl (c) das in der neueren Sprachkritik immer wieder emphatisch vorgebrachte Argument, es gäbe keine annehmbare Begründung dafür, daß irgendjemand irgendjemandem vorschreibt, wie er zu reden und zu schreiben bzw. nicht zu reden und zu schreiben habe.<sup>3</sup> In der linguistischen Beschäftigung mit Sprachkritik verbietet sich also die bewertende Kritik von Sprachverhalten generell, und so auch die denkbare Kritik am Sprachverhalten der Politiker; akzeptabel ist sie nur als "Sprachnormenkritik", d.h. als Kritik an denen, die meinen, anderen die Sprache vorschreiben zu können, und als "linguistisch begründete Sprachkritik", in deren Rahmen der Linguist den Sprachgebrauch beschreibt, um die Sprachteilnehmer in den Stand zu setzen, produktiv und rezeptiv Sprache kritisch, d.h. reflektiert zu gebrauchen. Im Blick auf die politische Sprache hat der Linguist u.a. die Aufgabe, die oben beschriebene Doppelstruktur politischen Sprechens aufzudecken und einsichtig zu machen. Er zeigt dann "Wie sich der Bürger politische Äußerungen verständlich machen kann" (so der Untertitel bei Holly); er betreibt "Aufklärung" mit dem Ziel des "sprach-rezeptionskritischen Bürgers" (so Strauß/Zifonun, S. 211).

Die Inhalte der anvisierten Aufklärung sind in dem Beitrag von Strauß/Zifonun differenziert als hörerbezogene Maximen der Rezeption politischer Sprache aufgefächert. Betrachtet man diese Maximen genauer, um herauszufinden, welcher Aufklärung die Bürger nach Meinung der Autoren vor allem bedürftig sind, so erklärt sich nachträglich, warum die im "Vorwort" formulierte Rahmenfrage keine untersuchungsleitende Wirkung entfalten konnte. Den beiden Vorträgen liegt nämlich eine ganz andere Problemformulierung zugrunde. Die Bürger, die das Aufklärungsprogramm voraussetzt, sind nicht solche, denen die mangelnde Glaubwürdigkeit der Politiker ein Problem ist, sondern umgekehrt gerade solche, die den Äußerungen der Politiker unkritisch zuviel Vertrauen entgegenbringen und durch Aufdeckung der Sprachstrategien der Politiker gewarnt werden müssen. Es sind Bürger, die die verständigungsorientierte Rede nicht nur normativ erwarten, sondern mehr oder weniger, aber zu Unrecht beim Politiker sogar faktisch unterstellen und deshalb den erfolgsorientierten Strategien möglicherweise hilflos ausgesetzt sind. Die Aufklärung beseitigt den Glaubwürdigkeitsverlust nicht, sie produziert ihn – allerdings heilsam, wie die Aufklärer meinen.<sup>4</sup>

Das Bild des Bürgers, das in diesem Aufklärungskonzept sichtbar wird, widerspricht dem, das in der Rahmenfrage angelegt ist. Die These vom Glaubwürdigkeitsverlust setzt nämlich Bürger voraus, die schon gemerkt und mißvergnügt zur Kenntnis genommen haben, daß man die Äußerungen der Politiker nicht zu ihrem Nennwert akzeptieren darf. Die offene Frage ist also, wie die *r e a l e n* Bürger das sprachliche und kommunikative Verhalten der Politiker erfahren, ob sie die Aufklärung, die die Linguisten anbieten, wirklich brauchen oder ob sie die Strategien und Mechanismen öffentlich-politischer Kommunikation schon selbst durchschaut haben und z.T. gerade deshalb mit Resignation oder Ärger reagieren.

Dies in der Rahmenfrage vorauszusetzen und gleich zu fragen, welche sprachlichen und kommunikativen Eigenschaften politischer Rede es denn sind, die für diese Wirkungen verantwortlich sind, war offenbar voreilig. Diesem Schluß würde vermutlich auch Bergsdorf zustimmen. Sein Vortrag war zwar ebenfalls engagiert aufklärerisch, doch waren die Adressaten wohl weniger die Bürger, die in der Konzeption des Vortrags ohnehin keine prominente Stelle hatten, sondern die anwesenden Linguisten. Daß er auf Linguisten traf, deren sprachkritisches Konzept die vermutete Politikerschelte gar nicht vorsah, steht auf einem anderen Blatt.

## Anmerkungen

- 1 Die Seitenangaben für Zitate aus den Tagungsvorträgen beziehen sich auf diesen Band.
- 2 Das, was ich hier und an anderen Stellen *neuere Sprachkritik* o.ä. nenne, ist als programmatisches Konzept vor allem von Hans Jürgen Heringer und Rainer Wimmer entwickelt worden. Ihre eigenen Arbeiten und das, was in ihrem Umkreis entstanden ist, ist in einigen Sammelveröffentlichungen gut zugänglich. Siehe vor allem Heringer, Hans Jürgen (Hrsg.) (1982): Holzfeuer im hölzernen Ofen. Aufsätze zur politischen Sprachkritik. Tübingen 1982 (s. die beiden Aufsätze von Heringer und die Beiträge von Keller, Stötzel und Wimmer in der letzten Abteilung); ferner das Themenheft "Sprache und Politik" der Zeitschrift "Sprache und Literatur in Wissenschaft und Unterricht" (H. 51, 1983) und die "Mitteilungen 10: Aspekte der Sprachkultur" des Instituts für deutsche Sprache (Mannheim 1984). – Belege für die behauptete Orientierung der Sprachkritiker am Rezipienten und nicht am Politiker erspare ich mir; sie wird in den beiden Tagungsbeiträgen, so denke ich, hinreichend deutlich.
- 3 Vgl. etwa Heringers Beitrag "Normen? Ja – aber meine!" in Heringer 1982, S. 94-108. Die Sorge, eventuell für "Normierer" gehalten zu werden, bringt sowohl Holly (vgl. S. 196) wie auch Strauß/Zifonun (vgl. S. 211) dazu, sich ausdrücklich von jenen zu distanzieren. Bei Strauß/Zifonun wird auch klar der Zusammenhang zwischen der Kritik an den Sprachnormierern und der Tendenz der neueren Sprachkritiker, sich am Adressaten zu orientieren, hergestellt: "Niemand hat ein Monopol auf den rechten Sprachgebrauch, niemand auch eines auf die rechte Sprachkultivierung. Sprachkritische Maximen der Rezeption politischer Rede, wie wir sie vorgeschlagen haben, haben gegenüber ihren sprecherbezogenen Gegenstücken – etwa 'Sei vorsichtig im Gebrauch von Interpretationsvokabeln' – den Vorzug, nicht zu Normen korrumpierbar zu sein" (S. 221).

Daß sprachkritisch tätige Linguisten so oft ausdrücklich sagen, daß sie etwas beschreiben und das beschriebene Verhalten nicht kritisieren, hat seinen guten Grund. Jeder, der einige Erfahrung mit nicht-linguistischen Adressaten als Hörern linguistischer Vorträge hat, weiß, daß sie die Tendenz haben, die Beschreibung auch als Kritik zu nehmen, und, darauf hingewiesen, daß das nicht so gemeint sei, mit ungläubigem Staunen zu reagieren: Wie kann jemand etwas offensichtlich Kritikwürdiges beschreiben und dann sagen, Kritik läge ihm fern? Ich muß gestehen, daß mir das an der "linguistisch begründeten Sprachkritik" bisher auch unverständlich geblieben ist. Es ist ihr wesentliches Verdienst, gezeigt zu haben, daß die "Normierer" zu Unrecht in Anspruch nehmen, andere und bessere Kriterien zur Kritik sprachlichen Verhaltens zu haben als die anderen Sprachteilnehmer, und daß auch Linguisten nur für die Beschreibung, nicht aber für die Bewertung des Sprachgebrauchs ihre fachspezifische Kompetenz ins Feld führen können. Schwerverständlich ist aber, warum die Linguisten als einzige darauf verzichten sollen, das zu tun, was alle tun, nämlich die Maximen der kommunikativen Ethik (die dieselben Linguisten als allgemein geltende und der Kommunikation immanente normative Grundlage beschrieben haben) mit den oder auch für die Mitglieder der Kommunikationsgemeinschaft dort, wo sie verletzt werden, auch kritisch einzuklagen. Der Verzicht darauf ist

den Adressaten der sprachkritischen Bemühungen, so fürchte ich, kaum begreiflich zu machen. Es schützt, so mein unliebsamer Verdacht, nur vor dem wissenschaftlichen Kollegen, der Werturteile in wissenschaftlichen Veröffentlichungen auch dann nicht akzeptiert, wenn sie ausdrücklich als solche formuliert sind und ihre Grundlage explizit angegeben ist.

- 4 Kaum vorstellen kann ich mir, daß die also Aufgeklärten fortan weniger resignativ, verdrossen und müde den Politikern lauschen werden. Sie dürften eher geneigt sein, die politische Fernsehsendung endgültig abzuschalten, da der Gewinn an rezeptionskritischer Kompetenz in der massenmedialen Kommunikation ja kaum eine Chance hat, produktiv zu werden. Denkbar ist, daß sie in ihren eigenen Lebens- und Arbeitszusammenhängen, und das kann natürlich auch einmal eine Wahlveranstaltung sein, überall da, wo die Partizipation nicht nur auf Rezeption beschränkt ist, die erkannten Strategien auch zu ihrem eigenen Nutzen effektiver einsetzen werden.